

Auszüge aus dem BERLINprogramm 2011–2016 (zur Abgeordnetenhauswahl 2011)

[...]

Die SPD will gute Arbeit für alle. Wir setzen uns ein für faire Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen, für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und einen gesetzlichen Mindestlohn. Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir sichere Arbeitsplätze schaffen und Brücken zum ersten Arbeitsmarkt bauen.

[...]

Für uns ist Arbeit mehr als ein Mittel zum Broterwerb. Über die Erwerbsarbeit vermittelt sich gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit schafft die Grundlage für eigene Lebensentwürfe.

Wir werden Betriebe und Unternehmen unterstützen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

[...]

Arbeit ist für uns immer gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet gerechte und existenzsichernde Löhne, starke Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, gesunde und faire Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sichere Aufstiegsperspektiven. Gerade auch für Frauen schaffen wir dadurch Bedingungen, die ihnen reale Gleichstellungschancen eröffnen und ökonomische und soziale Eigenständigkeit ermöglichen.

[...]

Der Dienstleistungsbereich hat einen unverzichtbaren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. In diesem Sektor entstehen immer mehr Arbeitsplätze, die für die Berlinerinnen und Berliner attraktiv sind. Allerdings müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass diese Arbeitsplätze gute Arbeit bieten, d. h. dauerhafte Arbeit zu angemessenen Löhnen.

[...]

Die SPD will zukunftsfähige Arbeitsplätze – für jede Berlinerin und jeden Berliner. Gute Arbeit ist die sozialdemokratische Antwort auf den Wandel der Wirtschaft. Gerechte und existenzsichernde Löhne, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherheit, Aufstiegsperspektiven, Gleichstellung und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen im Einklang mit der modernen Arbeitsgesellschaft und bilden ihre Grundlage in Bezug auf Motivation und Zukunftsfähigkeit. Die SPD will gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitnehmerrechte stärken. Wir wenden uns gegen ausufernde Leiharbeit, immer mehr befristete Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbständigkeit und schlecht bezahlte Praktika.

[...]

Die SPD tritt ein für den Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dies gilt auch und gerade für die Gleichstellung von Leiharbeit mit regulären Arbeitsverhältnissen.

[...]

LANDESPARTEITAG 09. JUNI 2012

Antrag 24/II/2012

KDV Steglitz–Zehlendorf

Faire Arbeitsbedingungen für die Berliner Musikschullehrer

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass mit den Vertretern der Berliner Musikschullehrer und der zuständigen DGB-Gewerkschaft umgehend eine einvernehmliche Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen ausgehandelt wird und dabei die Bezirksverwaltungen entsprechend Ihrer Zuständigkeiten eingebunden werden.

Ziel muss dabei sein, deutlich mehr Musiklehrer in festen Stellen einzustellen und einen echten Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Lehrkräfte abzuschließen. Dieser Tarifvertrag muss den Ansprüchen eines sozialdemokratisch geführten Senats gerecht werden. Die AfA soll sich in diesen Prozess einbringen. Statt einseitig die Arbeitsbedingungen zulasten der Lehrkräfte festzulegen, sind entsprechend Tarifverhandlungen für diesen Personenkreis aufzunehmen.

Bei dem Tarifvertrag für die Honorarkräfte an den Berliner Musikschulen ist insbesondere zu gewährleisten, dass elementare Arbeitnehmerrechte wie vollständige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschutz, angemessene Alterssicherung und angemessener Kündigungsschutz umfassend gewährleistet sind.

Initiativantrag Nr. 4

AfA-Berlin (Christian Hass, Rolf Wiegand) und ASF-Berlin (Eva Högl)

Gute Arbeit auf der Flughafenbaustelle – mehr Kontrollen auch für die Arbeitsbedingungen

Die Delegierten des SPD-Parteitag fordern den Senat auf, dafür zu sorgen, dass auf den Baustellen des BER arbeits- und arbeitsschutzrechtliche Bestimmungen eingehalten werden. Entsprechende Kontrollen müssen wirksam verstärkt werden.

Die Delegierten begrüßen in diesem Zusammenhang das Angebot der Gewerkschaften, sich aktiv an den Kontrollen zu beteiligen und fordern den Senat auf, die Zugangsmöglichkeiten der Gewerkschaften zur Flughafenbaustelle zu verbessern.

Die Delegierten fordern zudem mehr Transparenz bei der Auftragsvergabe, indem nicht nur die direkten Auftragnehmer sondern auch alle Unterauftragnehmer (Sub-Unternehmen) durch die Flughafengesellschaft auf ihrer Homepage öffentlich gemacht werden.

Die Verschiebung der Eröffnung des neuen Willy-Brandt-Airports hat deutlich gemacht, dass die Abläufe wesentlich effizienter kontrolliert werden müssen. Das gilt nicht nur für die Technik, sondern auch für die Arbeitsbedingungen.

Landesparteitag 25. Mai 2013:

Antrag 03/I/2013

KDV Reinickendorf

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Senat, Abgeordnetenhaus und den Bezirksverwaltungen werden aufgefordert, unter Wahrung der Tarifautonomie die unter dem Begriff der „Guten Arbeit“ verstandenen Prinzipien im Verantwortungs- und Einflussbereich der SPD konsequent umzusetzen: im öffentlichen Dienst, in den landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, bei öffentlich geförderten Projekten, bei öffentlich vergebenen Aufträgen und staatlich geförderter Arbeit. Im Sinne der „Guten Arbeit“ sind von der SPD in Regierungsverantwortung folgende Kriterien zu überprüfen und einzufordern:

- die Einhaltung/Umsetzung des im Vergabegesetz definierten Mindestlohnes als Grundlohn (ohne Zulagen und Aufschläge),
- der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen,
- die Einschränkung von Befristungen mit Sachgrund,
- Reduzierung von Leiharbeit auf ein Mindestmaß unter der Bedingung, dass andere organisatorische und personelle Maßnahmen nicht möglich sind und Leiharbeiter gleich bezahlt werden wie im öffentlichen Dienst,
- die Förderung von Vollzeitstellen, ohne aber die individuelle Möglichkeit auf Teilzeitarbeit zu erschweren,
- Eindämmung des Missbrauchs von Minijobs,

- der Verzicht auf Werkverträge, durch die reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgangen werden,
- die Respektierung von Tarifbindung und Tariftreue (keine Tarifflicht, keine tariffreien Räume, Anwendung von Flächentarifverträgen),
- die Respektierung und Anerkennung von Betriebsräten/Personalräten und gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Antrag 10/II/2013

AfA Berlin

Tarifvertrag für Bodenverkehr für Allgemeinverbindlich erklären

Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und in der Landesregierung Brandenburg werden aufgefordert, sich aktiv dafür einzusetzen, dass der von ver.di und dem Allgemeinen Verband der Wirtschaft Berlin und Brandenburg (AVVB) abgeschlossene Tarifvertrag für die Bodenabfertigung bei den Flughäfen für allgemeinverbindlich erklärt wird

Antrag 13/II/2013

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Keine prekären Arbeitsverhältnisse bei der CFM dulden Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die öffentliche Anteilsmehrheit in der CFM umgehend genutzt wird, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden und die gesetzlichen Rechte des Betriebsrates zu garantieren.

Landesparteitag vom 02. November 2013

Antrag 06/11/2013

KDV Mitte

Privatisierungsbremse für Landeseigene Unternehmen schnellstmöglich einführen

Wir fordern die schnellstmögliche Einführung einer Privatisierungsbremse in der Berliner Landesverfassung für Bereiche der Daseinsvorsorge und öffentlicher Unternehmen sowie Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung im Land Berlin.

Eine Veräußerung von Unternehmen der Stadt Berlin, auf die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum, finanzielle Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausübt, darf nur stattfinden, falls die in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger dieser Veräußerung durch ein obligatorisches Referendum (d.h. Volksentscheid) zustimmen. Diese Regelung umfasst insbesondere die landeseigenen Gesellschaften in den Bereichen Müllentsorgung, Wasserversorgung, den ÖPNV, die bestehenden öffentlichen Krankenhäuser, Stadtwerke und die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.

Landesparteitag 17. Mai 2014:

Antrag Nr. 35/II/2014

KDV Reinickendorf:

Die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Senat wird aufgefordert, dem Landesvorstand regelmäßig über den Stand der Umsetzung der unter dem Begriff „Gute Arbeit“ verstandenen Prinzipien zu berichten.

Antrag Nr. 92/I/2014

KDV Reinickendorf

Die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren und die sozialdemokratischen Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die zusätzlichen 2,5 Millionen für die Musikschulen auch für die Festanstellung der Musikschullehrer verwendet werden.

Auszüge aus dem Antrag Nr. 183/I/2014

Landesvorstand - Diskussionspapier

In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen mit den Mitteln eines vorausschauenden und gerechten Sozialstaates gestalten. [...] Dazu stellen wir das Ziel, die gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen zu sichern, in das Zentrum unseres Handelns. [...]

Gute Erwerbsarbeit gestalten

Die Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft die maßgebliche Basis der materiellen Existenz und Ausgangspunkt für Würde, Zufriedenheit und Gesundheit. Das gilt insbesondere dort, wo die Tarifparteien zu einer für beide Seiten akzeptablen Vereinbarung über zu leistende Arbeit und deren Gegenwert gelangen. Gelingt dies nicht, sinkt das Niveau von materiellen Existenz, Würde, Zufriedenheit und Gesundheit.

Auskömmliche Löhne sind sowohl die materielle Grundlage für ein würdevolles Leben als auch für soziale Sicherheit. Alle sozialen Sicherungssysteme sind im großen Maße davon abhängig von den gezahlten Löhnen - entweder von den prozentualen Beiträgen oder von den direkten und indirekten Steuern. Finanzierungsprobleme sozialer Sicherungssysteme sind zumeist Konsequenz systematischer Einnahmedefizite in der Folge schlechter Lohnentwicklung und hoher Erwerbslosigkeit. [...] Das von der SPD in der Koalitionsvereinbarung durchgesetzte Handlungsfeld „Gute Arbeit“ im Rahmen von BerlinArbeit ist hier Weg weisend und muss weiter ausgebaut werden. Auskömmliche Löhne sind sowohl materielle Grundlage für ein würdevolles Leben als auch für soziale Sicherheit. [...]

In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind die Nettoeallöhne um 5,3 Prozent gesunken, die Produktivität um 34,7 Prozent pro Arbeitsstunde gestiegen. Als Gegenwert für diese Leistung muss als erster Schritt die gute Entlohnung von Arbeit nicht nur in den unteren, sondern in allen Lohngruppen vorangetrieben werden. [...]

Wir sind für die Erhöhung der Tarifbindung von Betrieben. [...] Im öffentlichen Interesse liegt unter anderem, dass Lohndumping verhindert wird. Öffentliches Interesse besteht auch bei der Sicherung sozialer Standards und des Tarifvertragssystems.

Gute Arbeit bedeutet weniger Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen

Gute Arbeit und gute Entlohnung haben auch etwas mit der Unabhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen zu tun. [...] Gute Arbeit bedeutet darüber hinaus Sicherheit des Arbeitsplatzes, ein festes, verlässliches und menschenwürdiges Einkommen und soziale Sicherheit. Gute Arbeit erfordert Arbeitsbedingungen, welche die Gesundheit sowie das körperliche und soziale Wohlbefinden nicht beeinträchtigen, wie es Ziel der

Arbeitsschutzgesetzgebung ist. Dazu gehören die menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz, die humane Gestaltung der Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine altersgerechte Arbeitsgestaltung, der Einfluss der Beschäftigten auf ihre Arbeitsbedingungen, die Gleichberechtigung und damit die Vermeidung jeglicher Diskriminierung am Arbeitsplatz. [...]

Erste konkrete Maßnahmen:

[...]

Gute Erwerbsarbeit gestalten

- Auf eine lückenlose Umsetzung des Landesmindestlohngesetzes hinwirken;
- Rahmenbedingungen für gute und hochwertige Arbeit in Berlin ständig verbessern, um dauerhaft attraktive und leistungsfähige Arbeitsplätze und Industrie, Dienstleistungen und Verwaltung zu schaffen.
- [...]
- Ausweitung der Geltung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) auch auf Leihbeschäftigungsverhältnisse;
- [...]
- Verhandlungen mit der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und dem Deutschen Gewerkschaftsbund – Bezirk Berlin/Brandenburg über die Ausweitung der Tarifbindung;
- [...]
- Einführung eines Berliner Siegels „Fair Betrieb“
- [...]

Landesparteitag 08. November 2014

Antrag 158/II/2014

AfA-Landesvorstand

Erhalt der und die Investition in die soziale und öffentliche Infrastruktur des Landes und der Bezirke

Der SPD Landesparteitag fordert alle Verantwortlichen der SPD im Land und in allen Bezirken auf, sich

- für politische Maßnahmen gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tariffucht.
- gegen prekäre, entrechtete Beschäftigungsverhältnisse und tarifvertragsfreie Zonen in Berlin einzusetzen und dafür ein Aktionsprogramm zu entwickeln.

Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit dem Stopp aller Ausgründungen, beginnend mit den geplanten Ausgründungen bei Vivantes.

Das erfordert

- eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive zur Rettung und Wiederherstellung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur Berlins und seiner Bezirke, von Straßen, ÖPNV, Krankenhäusern und Schulen ... finanziert durch den öffentlichen Haushalt.
- Einstellung von Personal auf Bezirk- und Landesebene. Als Kriterium muss die Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger und die Interessen der Beschäftigten im Zentrum stehen. Berlin braucht wieder normale Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen, die die Erfüllung der Aufgaben der

Öffentlichen Daseinsvorsorge garantiert.

Es geht um den Erhalt der und die Investition in die soziale und öffentliche Infrastruktur des Landes und der Bezirke, wie z.B. Schulen, Krankenhäusern, Kitas, öffentlichem Nahverkehr, Bürgerämtern, Polizei und Feuerwehr uvm.

Punkte aus dem Regierungsprogramm der SPD (zur Bundestagswahl 2013)

- Wir werden das Normalarbeitsverhältnis stärken und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.
- Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. Tariftreue werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.
- Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige Werkvertragskonstruktionen, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeiten sollen klarer definiert werden.
- Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.
- Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei Mini-Jobs künftig ausgeschlossen und deren soziale Absicherung verbessert wird.